



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/27 - 2.2.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039890

Bundesregierung und Sowjetzonen-Flüchtlinge	S. 1
Bevölkerungsprobleme der USA	S. 3
Herzog Ernst August und die DP	S. 4
Nachrichten aus der Sowjetzone	S. 6

Durchhalte-Parolen statt Wiedervereinigung

(sp) Der an die Deutschen jenseits der Zonengrenze gerichtete Ruf zum Ausharren und Durchhalten erschallt diesmal in der ernstesten Situation seit 1945. Der Flüchtlingsstrom aus der sowjetisch besetzten Zone hat bedrohliche Ausmaße angenommen. Der Bundeskanzler und seine Regierung machen den verzweifelten Versuch, diesen elementaren Vorgang in ihr "gesamtdeutsches" Konzept einzubauen. Was dabei herauskommt, ist die Warnung, die sowjetisch besetzte Zone nicht ohne stichhaltige Gründe zu verlassen. Das amtliche Bonn steht offenbar auf dem Standpunkt, die Sowjetzonenbevölkerung lasse sich in eine Panik treiben und sei bereit, ohne wirklichen Grund Haus und Hof zu verlassen.

Was hat Adenauer dem jungen Bauern aus der Zone, dem er im Aufnahmelager begegnete, sagen können? Ist die Furcht vor einer Gefängnisstrafe wegen nichterfüllten Ablieferungsschills in seinen Augen ein hinreichender Grund? Hat er den Mut gehabt, den jungen Schlosser zurückzuschicken? Unternehmen die Rentner auf ihre alten Tage ohne Grund das gefährvolle Abenteuer der Flucht? So einfach liegen die Dinge nicht. Ein totalitäres Regime, das den Menschen selbst und alle menschlichen Werte nicht achtet, bringt jeden in höchste Gefahr. Auch derjenige hat noch Anspruch auf das Exil, der einfach der totalen Unterdrückung nicht standzuhalten

vermag. Eine weitgehende Entvölkerung der Zone wäre ein Akt der Grausamkeit, der die Verreibung der Deutschen aus den Gebieten jenseits der Oder und Neiße noch überträfe. Was will die Bundesregierung dagegen tun?

Auf der einen Seite ist man entschlossen, die Aufnahme in Westdeutschland so zu erschweren, daß die Zonenbevölkerung nicht "ermuntert" wird, herüberzukommen. Daraus hält die Regierung in Übereinstimmung mit den Koalitionsparteien fest, obgleich man genau weiß, daß Westberlin durch dieses Verfahren vor unlösbare Probleme gestellt wird. Außerdem verbleiben die nicht anerkannten Flüchtlinge, deren Zahl bereits auf 100000 angeschwollen ist, in Westberlin. Während Adenauer auf der einen Seite erklärt, seine Regierung werde für die Erhaltung des Bauernstandes sorgen, verhandelt das Auswärtige Amt, dem der gleiche Dr. Adenauer vorsteht, bereits über die Auswanderung dieser Bauern nach Australien und nach Kanada. Zwar soll beides im Hinblick auf eine spätere Rückkehr dieser Bauern geschehen, aber in den beteiligten Kreisen hat man sich teilweise sehr erregt und bestürzt besonders zu diesem letzten Plan geäußert.

Nun aber hat der Bundeskanzler der gequälten Bevölkerung der Zone zugerufen: Europa marschiere mit Riesenschritten. Man muß wahrscheinlich Bundeskanzler sein, um das bemerken zu können. Adenauer will jene Deutschen glauben machen, durch seine "Europa"-Verträge würden die beteiligten Länder auf eine aktive Politik der Wiedervereinigung festgelegt. Ein Glück für ihn, daß die Bewohner der Zone nicht die Zeitungen dieser Partner-Länder lesen. Eines aber können und werden sich diese Deutschen selber sagen, weil sie es täglich mehr am eigenen Leibe spüren: Je mehr sich diese sogenannten Europa-Pläne zu verdichten scheinen, desto schärfer wird der sowjetische Druck in der Zone. Das Anwachsen des Flüchtlingsstromes beruht nicht auf Flüsterpropaganda, sondern auf der erlebten Abschürfung der Zone vom Westen und der vorangetriebenen Sowjetisierung. Die Bevölkerung glaubt, daß die Abriegelung bereits in Kürze so weit gediehen sein kann, daß die Flucht praktisch undurchführbar wird.

Abriegelung und Sowjetisierung der Zone sind die ersten Früchte der Adenauer-Verträge. Seine Behauptung, diese Vertragswerke stellten den ersten Schritt zur Wiedervereinigung Deutschlands dar, erhält angesichts dieser Entwicklung einen Zug von ungewollter, aber böser Ironie. Adenauer führt diese Vorgänge als Beweise dafür an, daß die Sowjets die Wiedervereinigung gar nicht wollten. Von der mangelnden Ernsthaftigkeit und Konsequenz der westlichen Versuche, mit der Sowjetunion zu verhandeln, ist nicht die Rede.

Sein Rat an die Ostzone hat offenbar den Sinn, die Bevölkerung zum Ausharren zu veranlassen, bis die Zone den Sowjets kraft der militärischen Überlegenheit des Westens - wenn auch vielleicht ohne ihre praktische Anwendung - entzissen werden kann. Nie hat der Bundeskanzler verraten, wer den Zeitpunkt bestimmt, an dem die Sowjets an den Verhandlungstisch gedrungen werden sollen. Noch ruht das Geheimnis, was geschehen soll, wenn sie dann nicht kommen, tief in seiner Brust. Wir meinen, wer von 18 Millionen Deutschen auf unabsehbare Zeit das Durchstehen unmenschlicher Qualen fordert, darf solche Gemeinplätze nicht für sich allein behalten.

Probleme der Bevölkerungsentwicklung in den USA

rr. - Obwohl die Bevölkerung der Vereinigten Staaten seit 1930 um rund 34 Millionen zugenommen hat und von 123 Mio auf 157,5 Mio Einwohner gestiegen ist, sind die USA (ohne Alaska) mit 20 Menschen pro Quadratkilometer doch noch eines der am wenigsten dicht bevölkerten Länder der Erde. Hand in Hand mit dem Anwachsen der Gesamtbevölkerung hat sich, wie aus den Volkszählungen der letzten Jahrzehnte hervorgeht, eine Abwanderung der Landbevölkerung in die Städte vollzogen, deren Folge eine rückläufige Entwicklung der Bevölkerungsdichte in den rein landwirtschaftlichen Gebieten ist.

Extreme Landflucht

Gleichzeitig mit der Zusammenballung und starken Vermehrung der Bevölkerung in den Industrie-, Handels- und Verkehrszentren ist in ausgedehnten Landesteilen, die zusammen viermal so groß wie Frankreich sind und sich auf Teile von 25 Staaten erstrecken, eine wahre Entvölkerung eingetreten, wie sie kein anderes Land der Welt zu verzeichnen hat. Während nämlich seit 1930 die Menschenzahl in den Städten um nicht weniger als 61,2 Mio zugenommen hat, sind von der 54 Mio Köpfe umfassenden Landbevölkerung, die es 1930 noch in den USA gegeben hat, nur 27 Mio auf dem Land übrig geblieben. Ohne Berücksichtigung des Bevölkerungszuwachses sind also in den letzten 22 Jahren rund 27 Mio Menschen aus den ländlichen Gegenden der USA ausgezogen und in die Städte übersiedelt. Der Anteil des Landvolkes an der Gesamtbevölkerung, der 1920 noch 48,6 und 1930 noch 43,8 Prozent betrug, war damit im Herbst 1952 auf 17,2 Prozent gefallen. Die Folge ist, daß die durchschnittliche Bevölkerungsdichte in den Gebieten fern von den Industriecentren heute nur noch halb so groß ist wie zwischen 1920 und 1930.

Am stärksten angewachsen ist die städtische Bevölkerung in den Staaten Oregon, Californien und Washington, wo sie seit 1940 um mehr als 50 Prozent zugenommen hat.

Nur geringe Verschiebungen weist nach den Ergebnissen der letzten Zählungen die rassische Zusammensetzung der Bevölkerung der USA auf. Rund 90 Prozent der Einwohner der Staaten sind Angehörige der weißen Rasse, weniger als 9 Prozent (14 Millionen) sind Neger. Etwa 200000 Bürger der USA sind japanischer, ungefähr 130000 sind chinesischer Abstammung und etwa 310000 sind Nachkommen der nordamerikanischen

Indianer, Außerdem ist ein Teil der rund 1,7 Mio Mexikaner, die Bürger der USA geworden sind, indianischer Abstammung. Entgegen einer weit verbreiteten Annahme hat infolge der Einwanderungsgesetzgebung der Anteil der Neger an der Gesamtbevölkerung nicht zu-, sondern abgenommen und ist von 9,8 Prozent im Jahr 1930 auf knapp 9 Prozent 1952 gesunken.

Wohnungsnot auch in den USA

Eines der am schwersten wiegenden Probleme, welche die schnelle Zunahme der Menschen in den Industriestädten und die nordamerikanische Landflucht geschaffen haben, ist die Wohnungsnot in den USA, deren Ausmaß in Europa nur wenig bekannt ist. Allein in den 100 größten nordamerikanischen Städten, durchweg Orten mit mehr als 100000 Einwohnern, fehlen rund fünf Mio Wohnungen, und insgesamt sind in den USA nach Feststellungen des Forschungsinstituts des "Twentieth Century Fund" 26 Prozent der Wohnungen in einer gesundheitsschädlichen oder die Sicherheit gefährdenden Verfassung. Fast ebenso groß ist der Prozentsatz der Wohnungen und Notquartiere (Wohnwagen usw.), die weder eine Wasserleitung haben noch geheizt werden können und in denen ungefähr 35 Mio Menschen zu leben gezwungen sind.

Vor allem ist in den sogenannten jungen Industriezentren der Neubau von Wohnungen seit zehn und mehr Jahren gewaltig hinter der Bevölkerungszunahme zurückgeblieben, nicht selten im Verhältnis von 1:3 oder 1:4. Der Mangel an einwandfreien Unterkünften, der auf diese Weise und nicht zuletzt durch den Wegzug der halben Landbevölkerung in die Städte seit 1930 entstanden ist, wird auf 11 bis 12 Mio Wohnungen geschätzt. Der Bau der entsprechenden Häuser würde einen Kostenaufwand von 70 bis 80 Milliarden Dollars erfordern - eine Summe, deren Höhe auch gegenwärtig nur Pläne zuläßt, die noch eine weitere Verschlimmerung der Wohnungsnot verhindern sollen.

+ + +

Um einen toten Herzog

-dt - Hannover

Zeit seines Lebens war der verstorbene Herzog Ernst August von Braunschweig und Lüneburg ein zurückhaltender Mann gewesen, er hielt sich offiziell von jeder Politik fern, in einer realistischen Einschätzung der gegebenen Verhältnisse und sicher nicht zum Schaden seines Landes. Jetzt, nach seinem Tod, wird diese Zurückhaltung aufgegeben; aus dem schlichten Mann, der auf der Marienburg bei Hildesheim zurückgezogen gelebt hat, wird plötzlich ein "Volksmonarch" gemacht. Nicht

andere kann man die Absicht nennen, den toten Herzog acht Tage lang im Lande umherzuführen und zur Schau zu stellen. Das ist in den letzten Jahrzehnten keinem deutschen Staatsmann oder sonst einem verdienten Mann der Öffentlichkeit widerfahren. Auch die Hohenzollern hielten sich im Rahmen des Üblichen, als 1951 ihr Chef starb.

Man geht nicht fehl in der Annahme, daß das nicht von ungefähr geschieht. Der neue Chef des Welfenhauses hatte noch nicht die Telegramme in alle Welt verschickt, die das Ableben seines Vaters mitteilten, da war auch schon ein "Organisationsstab" zur Stelle, der u.a. bekanntgab, daß im Trauergelände 50 Fahnen der Deutschen Partei zu sehen sein werden. Es sind fast dieselben Männer, die vor 1 1/2 Jahren die Hochzeit des Welfenprinzen "organisierten". Sie nennen sich "Freunde des Hauses", und ihre Absichten sind eindeutig. Sie verwechseln die Schaulust der Bevölkerung, die sich bei solchen Gelegenheiten äußert, seien sie freudigen oder traurigen Anlasses, mit innerer Anteilnahme; sie merken nicht, daß es das uralte Sensationsbedürfnis der Menschen ist, welches heutzutage das sparsame und nüchterne Zeremoniell der Bundesrepublik nicht befriedigen kann. 1851 wurde in Hannover der letzte Welfenkönig zu Grabe getragen und es kennzeichnet die Geistesverwirrung unter den Männern des "Organisationsstabes", daß sie bei ihren Besprechungen heute eifrig in der hundert Jahre alten Königs-Biographie von Malorie blättern, die das Zeremoniell des Königsbegräbnisses bis in die letzten Einzelheiten festgehalten hat. Sie glauben wohl, damit auch die Zeit um hundert Jahre zurückschrauben zu können.

Sie geben sich einer Selbsttäuschung hin. Nicht einmal in der Mehrheit der Deutschen Partei haben sie den Rückhalt, den sie in der Bevölkerung zu haben wähnen. Denn die Deutsche Partei hat längst andere als welfische Ideale auf die Fahnen geschrieben, die sie dem toten Welfenherzog nachtragen will. Der letzte Parteitag in Goslar und die Enttäuschung, die damals die sogenannten "Welfenfreunde" unverhohlen äußerten, haben das bewiesen. Der tote Herzog freilich kann sich dagegen nicht wehren, daß heute aus ihm etwas gemacht wird, wogegen er sich Zeit seines Lebens gesträubt hat.

+ + +

Das Ostbüro der SPD teilt mit:

Schriftstellerische Bewährung:

Im sowjetzonalen Schriftstellerverband ist im Augenblick eine große Säuberung in Vorbereitung. Die heutige Mitgliederzahl von rund 600 soll auf etwa 175 reduziert werden. In Zukunft sollen nur noch "fortschrittlich schaffende" Schriftsteller den Verbandsausweis erhalten, der für seine Inhaber eine bessere Versorgung und bedeutende Vorrechte zur Folge hat. Diejenigen Schriftsteller, die nicht in der Lage sind, nachzuweisen, daß sie in einem Werk die neuen Verhältnisse in der Sowjetzone gepriesen haben, sollen in anderen Berufen untergebracht werden.

Diese Säuberung entspringt der heftigen Kritik der Sowjets und der SED an der Tatsache, daß alle bisherigen Förderungsmaßnahmen im kommunistischen Sinne keinen Erfolg gezeitigt haben. Gegenwärtig sucht man nach einem Roman über die Volkspolizei. Die Gliederung liegt vor. Obwohl man bisher laufend aufgefordert hat, hat sich bisher noch kein Mitglied des Verbandes bereit gefunden, den Auftrag anzunehmen.

x

Bäuerliche Selbsthilfe

In den Dörfern Sachsendorf, Reitwein, Podelzig (Kr. Seelow) haben die Bauern 600 Zentner Stroh aufgebracht, um sie den Bauern aus der Gegend von Peitz zur Verfügung zu stellen, damit diese wenigstens durch Häcksel den Futtermittelmangel lindern können. Es ist dies die erste derartige spontane Solidaritätsaktion der Bauern, die gegen den Willen der SED durchgeführt wird. Die SED hat die Unterstützung der Bauern abgelehnt, um sie zu zwingen, sich den Produktionsgenossenschaften anzuschließen. Sie versucht jetzt alles, derartige Aktionen in Zukunft zu verhindern. Trotz aller Zwangsmaßnahmen beträgt die Zahl der sogenannten Produktionsgenossenschaften im Landkreis Cottbus nicht mehr als drei, obwohl für jede Art eine derartige Produktionsgenossenschaft vorgesehen ist.

x

Löhne weiter gesenkt

Auf einer Tagung des Zentralvorstandes der kommunistischen Industriegewerkschaft Land und Forst in der Sowjetzone wurde in einer Aussprache mit den Vertretern der BGL (Betriebsgruppenleitung) erklärt, man dürfe sich durch die Mißstimmung der Arbeiterschaft nicht bei der Durchsetzung der neuen Kollektivverträge für 1953 beeindrucken lassen. Man gab offen zu, daß durch die Einführung der neuen Lohngruppenkataloge die Löhne für die Masse der Forstarbeiter wesentlich gesenkt wurden. So wurden alle Forstfacharbeiter, die nicht den Forstfacharbeiterbrief haben, von Lohnstufe 5 auf Lohnstufe 4 zurückgesetzt. Nur die Brigadiere und Aktivisten, eine winzige

Gruppe der in der Forstwirtschaft Beschäftigten, wurden eine Lohngruppe höher eingestuft.

x

Von der Wismut-AG zur Zonenarmee

In sächsischen Uranbergbau werden vorbereitende Maßnahmen getroffen, das Fachpersonal der ehemaligen deutschen Wehrmacht und die ehemaligen Offiziere aus der Wismut-AG herauszuziehen und für die Sowjetzonenarmee zu verpflichten. Dem dafür infrage kommenden Personal hat man bereits die Ausstellung der Wismut-Dienstausweise für 1953 verweigert. Die Leiter der einzelnen Abteilungen sind angewiesen, die kurze Übergangszeit zur Ausbildung von Nachwuchskräften auszunutzen.

x

Autobau eingeschränkt oder eingestellt

Die Autoproduktion in der Sowjetzone ist in den letzten Wochen aus Materialmangel wesentlich eingeschränkt worden. Das IFA-Werk in Zwickau mußte die Produktion ganz einstellen. Seine Aufträge wurden an die BMW-Werke in Eisenach übergeben. Die Produktion der BMW-Wagen wurde eingestellt, da für den Wagen, der für den Export geplant war, keine Absatzmöglichkeiten bestehen. Der einzige Wagen, der noch produziert wird, ist der DKW F 8. Die größte Karosseriepresse der Sowjetzone, das Prunkstück der Leipziger Messe, das unter Millionenaußward beschafft werden mußte, wurde ohne daß sie bisher auch nur ein einziges Mal in Tätigkeit war, abgebaut und in einem anderen Zwickauer Werk neu installiert. Mit ihr sollen in Zukunft Preßstoffteile gefertigt werden.

x

Massenentlassungen, aber Überstunden

Auf Anweisung der SED müssen die Bankangestellten in der Sowjetzone täglich unbezahlte Überstunden leisten. Nach einer Anweisung der sowjetzonalen Notenbank haben alle Geschäfte und Betriebe täglich ihre Einnahmen bis 18 Uhr bei den Banken abzuliefern. Der Kassenstand der Geschäfte darf nicht höher als 200 M Wechselgeld betragen. Auf diese Weise sollen die katastrophalen Wirkungen der sowjetzonalen Finanzpolitik wenigstens einigermaßen abgeschwächt werden. Ähnliche Maßnahmen wurden auch bei den Sparkassen getroffen. Zur Einparung von Arbeitskräften wurden bei den sowjetzonalen Sparkassen in der letzten Zeit wiederholt Massenentlassungen durchgeführt.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau